

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift
Tageblatt Riefa,
Grenzstr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Strohkasse:
Riefa Nr. 52.

Nr. 272.

Montag, 23. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 26 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Anzeiger-Beilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riefa.

Die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates.

Berlin. (Funkspruch.) Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand heute vormittag die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung statt. Reichskanzler Dr. Brüning berichtete über den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen.

Reichsbaupräsident Dr. Luther und die beteiligten Reichsminister machten ergänzende Ausführungen. Die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates bieten für die bevorstehenden Entscheidungen der Reichsregierung wertvolle Anregungen.

Reichskanzler Dr. Brüning

faßte das Ergebnis der in den Ausschüssen des Wirtschaftsbeirates getätigten Arbeiten zusammen. Er sagte u. a.: Der Wirtschaftsbeirat stellte sich auf den Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen seien bei der Aufgabe, die Auswirkungen der gesamten deutschen Wirtschaft an die durch Währungsverhältnisse und andere Gründe bedingten Preisentwicklung auf dem Weltmarkt anzupassen. Erste Voraussetzung einer Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft sei der Ausgleich der Haushalte bei Reich, Länder und Gemeinden. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten in der jetzigen Höhe zu tragen. Zur Frage der Preisbildung sei notwendig, insbesondere die gebundenen Preise einem neuen Preisniveau anzupassen. Systematische Aufhebungen sämtlicher Preisbindungen werde jedoch nicht empfohlen. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an aufzustellende Richtlinien nicht eintrete, erweise allerdings sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich. Bei Erörterung der Preise stellte der Wirtschaftsbeirat fest, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in weitem Ausmaß unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Daher hält der Wirtschaftsbeirat eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preisspannung für geboten.

Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erweise eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Dabei müsse der Grundlag des Tarifvertrages erhalten bleiben. Auf dem Gebiete des Schlichtungswesens sei eine veränderte Handhabung notwendig. Der Inhalt der Tarifverträge müsse sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen. Der Wirtschaftsbeirat ist übereinstimmend der Auffassung, daß eine Senkung des Zinsniveaus für die gesamte deutsche Wirtschaft als unbedingt notwendig anzusehen ist. Die Hausrenten müßten auf einen angemessenen Betrag ermäßigt und der Risikoausgleich individueller festgesetzt werden.

Zur Herabsetzung der Allgemein-Lebenshaltungskosten sei vor allem eine Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen erforderlich. Wenn auch eine Senkung der Personentaxen und eine allgemeine Senkung der Frachttarife nicht möglich erweise, so doch für besonders wichtige Güter und für besonders notleidende Bezirke und Wirtschaftszweige.

Die Reichsregierung werde nachdrücklich auf die Landes- und Kommunalbehörden einwirken, um eine läßliche Herabsetzung aller übrigen öffentlichen Tarife, vor allem bei Straßenbahn, Gas und elektrischem Strom zu erreichen.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft hält der Wirtschaftsbeirat eine Herabsetzung der Mieten zur Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten. Das Ende der Wohnungszwangswirtschaft sei weiter vorzuziehen, dabei jedoch das soziale Mietrecht für Inhaber kleiner und kleiner Wohnungen und für kinderreiche Familien sicherzustellen. Eine sofortige völlige Aufhebung der Hauszinssteuer erweise nicht möglich, jedoch sei geskaffelter Abbau wünschenswert.

Der Wirtschaftsbeirat weist weiter auf die Maßnahmen zur Bankenorganisation hin, die durch die Notverordnung der Reichsregierung vom 19. September getroffen worden sind und auf die Maßnahmen zur Sicherung der Ernte im Ostgebiete. Überall in Deutschland müsse im Interesse der Volksernährung die ordnungsmäßige Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe sichergestellt werden.

Die Tagung des Wirtschaftsbeirates wurde mit einer Ansprache des Reichspräsidenten abgeschlossen, der den Mitarbeitern des Beirates und den zugezogenen Sachverständigen seinen Dank für ihre Arbeit aussprach. Er hoffe, daß die offene Aussprache Verständnis für die Überzeugung der anderen geschaffen habe. Der Reichspräsident bat, daß die Reichsregierung nunmehr mit aller Beschleunigung ihre Entschlüsse fassen lasse.

Die Schlußansprache des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident hielt zum Schluß der Wirtschaftsbeirats-Sitzung folgende Ansprache:

Meine Herren!

Die Tagung des Wirtschaftsbeirates hat mit den heutigen Beratungen ihr Ende erreicht. Ehe wir auseinandergehen, ist es mir Bedürfnis sowohl den Mitgliedern des

Rundfunkansprache Brünings für die Winterhilfe.

Der Reichskanzler hielt Sonntagabend im Rundfunk eine Ansprache über die Winterhilfe, in der er u. a. ausführte:

Die schwere Not des Winters erfordert die Mitarbeit aller Volksgenossen zur Bekämpfung der Not und des Elends. Es wäre leichtfertig, wenn wir uns über den Ernst der Zeit hinwegtäuschen wollten. Nicht weniger falsch wäre es aber auch, wenn wir nicht den Mut hätten, den Bann zu brechen, den diese dunkle Gegenwartszeit auf uns legt, wenn wir uns den Hemmungen und lähmenden Einflüssen ausliefern würden, ohne zu versuchen, aus eigener Kraft die schwierige Zeit der Prüfung zu überwinden. Die Lebenskräfte des deutschen Volkes sind nicht gebrochen. Sie sind spürbar auf allen Gebieten des Volkslebens und ihnen entspringt auch das Hilfswerk, das spontan im ganzen Reich zur Linderung der großen materiellen und seelischen Notstände entstanden ist.

Am vergangenen Sonntag hat die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege von dem bisher erzielten Ergebnis der umfangreichen Hilfsarbeiten berichtet. Nach den hocherfreulichen Anfängen dürfen wir glauben und hoffen, daß dem Heilswerk des deutschen Volkes auch weiterhin der Erfolg nicht verlagert bleiben wird. Die Liga hat den sich bietenden Anlaß benutzt, um den Dank der Winterhilfe den Tausenden und aber Tausenden abzuklären, die sich ungeduldet der großen Schwierigkeiten, für die Durchführung des Werkes eingesetzt haben. Diesem Danke schließt sich die Reichsregierung gern an. Weik sie doch, daß wirkliche Opfergenuß in dem Hilfswerk lebendig ist.

Die Reichsregierung hat ihrerseits alles getan, um der elementaren Not zu steuern. Sie betrachtet diese Aufgabe auch weiterhin als eines der dringendsten Erfordernisse. Länder und Gemeinden haben ihre Reserven im Kampfe gegen das Elend eingesetzt. Die Reichsregierung ist sich aber auch der Tatsache wohl bewußt, daß ihre Maßnahmen nur die unterste Grenze der Fürsorge darstellen können. Sie schützen den Einzelnen vor dem aller schlimmsten; dem Willen aber, auf dem Wege staatlicher Maßnahmen weitere Hilfe zu bringen, steht die unerbillige Tatsache gegenüber, daß staatliche Mehraufwendungen infolge der schwierigen Lage der Staatsfinanzen nicht möglich sind.

Schon aus diesem Grunde war es ein Gebot der Stunde, die freie Wohlfahrtspflege zur Mithilfe an der Bekämpfung der großen Not heranzuziehen. Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung haben den Aufruf der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege unterzeichnet; der Herr Reichsinnenminister hat Mitte September von dieser Stelle aus der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß das deutsche Volk durch diese schweren Notzeiten kommen werde, wenn der

Appell an den Opferinn und die Opferbereitschaft überall freudig aufgenommen wird.

Die wenigen Wochen, die seitdem vergangen sind, haben den Beweis dafür erbracht, daß der Aufruf an das deutsche Volk nicht ungehört verhallt ist!

Jeder kann helfen! Vielgestaltig sind die Möglichkeiten der Mitarbeit. Auch die Verwendung der von der Deutschen Reichspost herausgegebenen Wohlfahrtsbriefmarken für die Deutsche Nothilfe bedeutet Kampf gegen die Not. Ein jeder der sich noch nicht selbst in Not befindet, hat gerade in den nächsten Wochen und Monaten die Pflicht, über das Sorgen für sich selbst und die Seinen hinaus den Nothleidenden zu helfen, die ohne eigenes Verschulden aus Arbeit und Verdienst ausgeschlossen wurden.

Inbesondere aber wollen wir in dieser Stunde jener Volksgenossen gedenken, die ihre Heimstätte in den deutschen Elendsgebieten haben, in jenen Bezirken im Reich, in denen ganze Städte und Dörfer ohne Erwerb sind, wo die Ungunst des Bodens auch dem Bewohner des Landes ein Auskommen nicht gestattet. An diesen besonders gefährdeten Stellen helfend einzuspringen, hat sich die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege als eine vorrangige Aufgabe gestellt. Es muß die Pflicht der Allgemeinheit sein, diesen Betreibungen ein besonderes Interesse zuzuwenden, damit es gelingt, den in ihrer Not isolierten Bevölkerungskreisen tatkräftig zu helfen und in ihnen nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, als ob sie etwa außerhalb der Gemeinschaft des Volkes ständen.

Die Schicksalsverbundenheit wird da, wo ein Volk sich nicht zum gemeinsamen Tragen und Helfen und Schaffen zusammenfindet, zum Fluch. Sie kann aber auch, wenn die Gesinnung der Verantwortlichen und der Hilfsbereitschaft Gemeingut aller wird, zum Segen werden für Volk und Vaterland.

Die Erfüllung des Wunsches, mit dem die Reichsregierung den Aufruf der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege beauftragt hat, soll unter Ziel sein:

„Die Hilfe soll neues menschliches Vertrauen schaffen unter den deutschen Volksgenossen selbst und für das deutsche Volk in der Welt.“

„Gelöst sind die Bande der Welt — wer knüpft sie wieder als allein die Not“. Diese Worte (aus dem Deutschen Säng) sind erfüllt, wenn wir das Ziel, das uns vor Augen steht, erreicht haben.

„Darum richte ich im Namen der Reichsregierung an das deutsche Volk die Bitte, im gemeinsamen Wollen und im gemeinsamen Streben nicht müde zu werden. Dann wird auch die Zeit des Leidens und der Not überwunden werden.“

DBP für bürgerlichen Landtagspräsidenten

Dresden, 23. November.

Der Landesvorstand Sachsen der Deutschen Volkspartei faßte zur landespolitischen Lage einstimmig folgende Entschlüsse: Der Landesvorstand sieht es als selbstverständlich an, daß sich die Deutsche Volkspartei an dem kommunistischen Volksbegehren auf Landtagsauflösung, das den Sturz der nationalen Regierung Schied zum Ziel hat, nicht beteiligt. Ziel und Wille der Deutschen Volkspartei ist, das von einem Sozialisten bekleidete Amt des Landtagspräsidenten für die bürgerlichen Parteien zu erkämpfen.

Amerika warnt Japan

Washington, 23. November. Staatssekretär Stimson brachte dem japanischen Botschafter gegenüber die Auffassung zum Ausdruck, daß die Begehung von Tiffikar durch die Japaner gefährliche Komplikationen befürchten lasse, da Tiffikar bereits zur russischen Einflusssphäre zu rechnen sei.

Neuer Lohnkreis in der Textilindustrie

Chemnitz. Die Arbeitgeber und auch die Gewerkschaften haben den erst am 6. November für die weisfärsische Textilindustrie gefällten Schiedspruch zum nächstzulässigen Termin, zum 31. Dezember 1931, gekündigt.

Der Chemnitzer Arbeitgeberverband kündigte weiter den Mantelvertrag für die färsische Textilindustrie für den 31. Dezember 1931. Von dieser Tarifkündigung werden etwa 200 000 färsische Textilarbeiter betroffen.